

Die spanische Region Andalusien verfügt über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitsmigranten; viele von ihnen kommen aus den Maghreb-Staaten. Die Arbeitsmigration zielt traditionell fast ausschließlich auf den Landwirtschaftssektor, vor allem auf die Obst- und Gemüseproduktion in den Provinzen Almería, Huelva, Jaén, El Ejido und La Rioja. Aufgrund der Entfernungen zwischen Land und Stadt und wegen der meist nur saisonalen Arbeitsverhältnisse wird den Arbeitsmigrantinnen die gewerkschaftliche Organisation massiv erschwert. Viele zirkulieren als Binnenmigranten dauerhaft durch Spanien und produzieren unter extremen Bedingungen für Supermarktketten wie Aldi, Lidl, Edeka und Co.

In den Jahren um die Jahrtausendwende waren zahlreiche »papierlose« Migranten auf den Obst- und Gemüseplantagen Südspaniens beschäftigt. Damals gab es kaum Ausweiskontrollen. Die Illegalisierten wurden

höher. »Illegale« tauchen in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken selbstverständlich gar nicht erst auf.

Die Verhältnisse in Spanien, mit denen »illegale« Arbeitsmigrantinnen inzwischen konfrontiert sind, sind ohne Berücksichtigung der Wirtschaftskrise und der Austeritätspolitik des spanischen Staates, genauer: der regierenden konservativen Partido Popular (PP), nicht zu verstehen. Besonders Andalusien wurde vom Ausbruch der Krise im Jahre 2008 schwer getroffen. Die Tourismus- und Bauindustrie der Region verzeichneten einen dramatischen Einbruch, und die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich.

Dass Andalusien stärker von der Krise betroffen ist als beispielsweise das industriell geprägte Baskenland, liegt vor allem an der Dominanz des Landwirtschaftssektors, der – noch vor der Dienstleistungsbranche – die meisten Arbeitskräfte beschäftigt, gleichzeitig aber am wenigsten zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Schlechte Bezahlung und

der diese Verdrängungsprozesse seit Jahren beobachtet.

Außerdem wird es für Sin Papeles, die »Papierlosen«, immer schwieriger, Spanien überhaupt noch zu erreichen. Das europäische Grenzregime hat in den letzten Jahren massiv aufgerüstet und den Grenzschutz in Drittstaaten verlagert, damit Flüchtende gar nicht erst europäischen Boden erreichen: Dies zeigte sich jüngst etwa daran, dass, nachdem das italienische Programm Mare Nostrum durch das EU-Programm Triton (Frontex+) ersetzt wurde (siehe **konkret** 2/15), die Seerettung weitgehend der libyschen Marine überlassen wird. Libyen, traditionell für Flüchtlinge nur ein Durchreiseland, ist jetzt dafür zuständig, Migranten an der Einreise in die Europäische Union zu hindern. Für Migrantinnen, die gezwungen sind, ihre Länder zu verlassen, bedeutet das vor allem, dass ihre Fahrt übers Mittelmeer gefährlicher und teurer wird.

Eine Rückkehr wird wegen der hohen Kosten oft unmöglich: Viele haben enorme Summen in die Überfahrt nach Spanien investiert. Von diesem Umstand profitieren allerdings nicht, wie gerne behauptet wird, lediglich »kriminelle Schleuserbanden«, sondern vor allem auch europäische Sicherheitsprofis und -unternehmen. Die französische Juristin und Mitbegründerin von Migreurop, Claire Rodier, meint dazu:

Indem sie die Routen der Menschen, die zum Überqueren von Grenzen gezwungen sind, mit mehr und mehr Fallstricken versehen, füllt die Migrationspolitik die Taschen von Sicherheitsprofis, namentlich der Manager/innen von Auffang- und Abschiebelagern und von Unternehmen, die Wachen und Eskorten für Abschiebungen organisieren. Vor allem jedoch sind sie ein Geschenk für Waffenfabrikanten und die Köpfe der Luftfahrt- und Hightechindustrie, für die die Sicherung der Land-, Luft- und Seegrenzen einen schier unbegrenzten Absatzmarkt darstellt.

Schon die Überfahrt der Migranten ist also ökonomisch mit dem europäischen Grenzregime verknüpft und manövriert viele in eine finanzielle Sackgasse. In der Folge sind sie in Spanien dann gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, egal wie schlecht bezahlt sie ist.

Aber nicht nur die Verdrängung aus den prekären Jobs im Landwirtschafts- und Dienstleistungsbereich wird mehr und mehr zur existentiellen Bedrohung für die illegalisierten Arbeitsmigrantinnen in Spanien. Auch die Gesetzeslage im Land verschärft sich zusehends. 2012 wurde im Rahmen einer Reformierung des Gesundheitssystems, die massive Einsparungen vornahm, die staatliche Gesundheitsfürsorge für die Papierlosen abgeschafft. Sie können seitdem nicht mehr auf eine kostenlose Gesundheitsversorgung, die sie in den Jahren zuvor noch in Anspruch nehmen konnten, zählen. Wer

Nach Gebrauch entsorgen

Spanien ist in der Krise zu einem Auswanderungsland geworden: Immer mehr Spanier/innen verlassen das Land, und Arbeitsmigrantinnen und -migranten kehren in ihre Herkunftsländer zurück. **Von Laura-Solmaz Litschel**

gebraucht, weil nicht genug Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Zwar gab es nicht genug Arbeit für alle, aber der Überschuss von verfügbaren »illegalen« Arbeitskräften war aus Sicht der Arbeitgeber/innen wünschenswert, um das Lohnniveau niedrig zu halten und Streiks zu verhindern. Viele, die ursprünglich gar nicht in Spanien bleiben wollten, strandeten und wurden gleich nach ihrer Flucht über die »blaue Grenze« des Mittelmeers, die praktischerweise meist in unmittelbarer Nähe der andalusischen Felder endete, in den spanischen Arbeitsmarkt integriert.

Die europäische Wirtschaft profitierte damals davon, dass billige, entrechtete Arbeitskräfte in großer Zahl zur Verfügung standen. Nur durch ihre Ausbeutung konnte gewährleistet werden, dass Obst und Gemüse sehr preiswert auf dem globalen Markt angeboten werden konnten. Diese Situation hat sich inzwischen aus mehreren Gründen verändert. Einer davon ist die Wirtschaftskrise. In Andalusien liegt die Arbeitslosenquote inzwischen bei etwa 30 Prozent; bei den unter 25jährigen ist sie noch wesentlich

saisonale Befristung sind in der Landwirtschaft wie auch im Dienstleistungsbereich an der Tagesordnung, so dass es fast nur prekäre Arbeitsverhältnisse ohne dauerhafte soziale Absicherung gibt.

Mit dem Ausbruch der Krise der spanischen Wirtschaft und dem damit verbundenen Arbeitsplatzabbau im Bau- und Tourismussektor sahen sich viele Spanier/innen gezwungen, eine Anstellung in der ehemals unbeliebten Landarbeit zu suchen; sie verdrängten so die »illegalen« genauso wie die legalisierten migrantischen Arbeiter/innen. Infolge guter, zum Teil sogar verwandtschaftlicher Kontakte werden Spanier/innen inzwischen von den Arbeitgebern bevorzugt. »Es gibt eine steigende Diskriminierung der migrantischen Arbeitnehmer/innen. Gerade sie haben vielen Leuten geholfen, sehr, sehr reich zu werden, und jetzt wird ihnen einfach gekündigt, weil es durch die Krise plötzlich Spanier/innen gibt, die ihre Arbeitsplätze wollen«, meint ein Aktivist der antirassistischen Gewerkschaft SAT (Sindicato Andaluz de Trabajadores) in Jaén,

heute noch das »Glück« hat, eine der körperlich strapaziösen Tätigkeiten in der Landarbeit auszuüben, trägt das Unfall- und Krankheitsrisiko privat. Mehrere Menschen sind infolge der Gesetzesänderung bereits gestorben. Ein aufsehenerregender Fall war der eines 28jährigen Senegalesen auf Mallorca, der an Tuberkulose starb, weil man ihn nicht behandeln wollte.

Inzwischen ist das Gesetz nach heftigen Protesten abgeschwächt worden, und es gibt die Möglichkeit, auch ohne gültigen Pass eine Sondervereinbarung mit der Gesundheitsbehörde zu treffen. Für 60 Euro pro Monat können sich 17- bis 65jährige und für etwa 155 Euro monatlich die über 65jährigen Sin Papeles absichern. Wer illegal in Spanien lebt, verfügt jedoch meist nicht über diese Summen und geht auch nicht freiwillig zur Behörde, weshalb die Gesetzesabmilderung praktisch kaum etwas verbessert.

nier/innen verteilen. Migrantinnen und Menschen mit »nicht-spanischem Aussehen« werden nicht versorgt. Laut der Sprecherin des Vereins gibt es für sie sowieso schon viel zuviele Hilfen: »Die Spanier kommen zu kurz. Bei der Caritas ist immer schon alles weg, wegen der Migranten. Deshalb bieten wir hier soziale Hilfe ausschließlich für Spanier an. ... Wir glauben nicht, dass sich Staatsbürgerschaft über Papiere definiert, auch Leute mit spanischer Staatsbürgerschaft, deren Eltern Migranten sind, bekommen bei uns keine Unterstützung.« In letzter Zeit ist es in der Nähe des Zentrums zu Übergriffen auf Migrantinnen gekommen.

Als Resultat all dieser Faktoren hat sich seit Beginn der Krise die Remigration deutlich verstärkt. Innerhalb des ersten Halbjahres 2014 haben laut der spanischen Statistikbehörde Ine etwa 163.000 Menschen ohne spanische Staatsbürgerschaft das Land ver-

Pablo Iglesias Turrión, Generalsekretär der neuen Linkspartei Podemos, verspricht, diesen Zustand im Falle eines Wahlsiegs zu ändern. Flüchtende und Arbeitsmigranten sollen aufgenommen werden und die Grenzen nicht länger hermetisch geschlossen bleiben. Migrantinnen wird eine würdevolle Behandlung zugesichert, sie sollen politische Partizipationsrechte und eine Arbeitserlaubnis erhalten. Podemos fordert in seinem Wahlprogramm unter anderem: ein Verbot der Internierungszentren für Ausländer (Cies); die Abschaffung der Programme gegen die Einwanderung Frontex und Euro-sur; die Abschaffung der Grenzzäune in den spanischen Exklaven in Nordafrika sowie des integrierten Systems zur Außenüberwachung (Sive) und das »Ende der Grenzauslagerungspolitik«.

Aber die Flüchtlingspolitik ist ebenso wie die Anwerbung externer Arbeitskräfte



Prekäre Arbeitsverhältnisse ohne soziale Absicherung: Marokkaner bei der Kartoffelernte, Murcia/Spanien, Juni 2013

Aufgrund der krisenbedingten Ressourcenknappheit in Spanien verstärken sich zudem rassistische Tendenzen. Viele, die aus der Landarbeit vertrieben wurden, suchen nach Alternativen. Aber wohin ohne Geld und Papiere? Manche verlassen die ländlichen Regionen und versuchen, auf Märkten oder im Gastronomiesektor der größeren Städte, beispielsweise als Tellerwäscher oder Lastenträger, ein Auskommen zu finden. In der Regel vergeblich, denn die hohe Arbeitslosigkeit erhöht den Konkurrenzdruck und die Migranten haben gegen einheimische Mitbewerber selten eine Chance.

Gerade in dieser Situation entstehen in Spanien sogenannte Soziale Zentren, die ausschließlich Spanier/innen unterstützen: In Madrid gibt es beispielsweise das Hogar Social Ramiro Ledesma, benannt nach einem faschistischen Politiker. Dieses Zentrum wird von Rechten geleitet, die Kleidung und Essen an wohnungslose und bedürftige Spa-

lassen. Die größten Auswanderergruppen waren Rumänen, Marokkanerinnen und Südamerikanerinnen. Manche von ihnen kehren nach jahrzehntelangem Aufenthalt in Spanien in ihre Heimatländer zurück. Die Dunkelziffer der »Illegalen«, die ebenfalls gezwungen sind, Spanien zu verlassen, ist zweifellos hoch.

Ein Senegalese, der lange in der Oliven-ernte gearbeitet hat und mit Beginn der Krise Spanien verlassen musste, erzählt, dass er nun auch seinen Vater zurück in den Senegal bringen möchte: »Früher gab es hier sehr viele Senegalesen. Mein Vater hatte einen kleinen Verkaufsstand. Aber jetzt, wo die Krise da ist, war der viel zu teuer, und er hat ihn geschlossen. Es war zu schwer. Das Leben im Senegal ist viel einfacher.« Viele »Illegale« können Spanien aber nicht verlassen, weil sie in den Herkunftsländern hochverschuldet sind und die Chance, dort eine Arbeit zu finden, meist noch geringer ist als in Südeuropa.

schon lange keine spanische Angelegenheit mehr, sondern eine europäische. Von dem Geschäft mit der Grenze, der »illegalen« Arbeitsmigration und der Nahrungsmittelspekulation profitieren schließlich Unternehmen und Organisationen, die schon längst transnational agieren. Auch in deutschen Supermärkten würden die Preise steigen, wenn Arbeitsmigranten in der andalusischen Landwirtschaft den Europäern rechtlich gleichgestellt würden und ohne Angst vor Repression und Abschiebung soziale Mindeststandards einfordern könnten. Dann würde ein Kilo saftiger, pestizidbelasteter Mandarinen aus der Plastikplantagenwüste Südspansiens mitten im Winter beim deutschen Discounter wohl kaum noch für 2,99 Euro zu haben sein. ●

Laura-Solmaz Litschel ist Mitglied im Kritisches-Migrations- und Grenzregimeforschung